KOMMENTAR 24.09.2015 | Bjørn Lomborg

Die 169 Gebote

Wer eine dreistellige Anzahl "nachhaltiger Entwicklungsziele" formuliert, lebt offensichtlich in einer anderen Realität.

Ende September 2015 wird eine der folgenreichsten politischen Konferenzen des Jahrzehnts staatfinden, auf der über 150 Staats- und Regierungschefs in New York zusammenkommen, um die Weichen für globale Entwicklungsgelder – über 2,5 Billionen US-Dollar – in den kommenden 15 Jahren bis 2030 zu stellen. Eigentlich werden die Staats- und Regierungschefs auf der Konferenz wohl nicht viel zu tun haben. Die sogenannte Agenda für nachhaltige Entwicklung ist im vergangenen Monat in aller Stille von Diplomaten und Bürokraten der Vereinten Nationen festgelegt worden, und somit wird von den Staats- und Regierungschefs lediglich erwartet, in die Kameras zu lächeln und ihre Unterschrift darunterzusetzen. Leider vergeben sie eine Chance, die sich so nur einmal innerhalb von einer Generation bietet, viel mehr Gutes zu tun.

Die Agenda ist das Ergebnis jahrelanger Verhandlungen. In dem Bestreben, niemanden auszuschließen, haben die UN mit allen gesprochen. Doch so bewundernswert dieser Ansatz auch sein mag, er hat sich nicht bewährt. Betrachtet man die Agenda, die sie vorgelegt haben – über 15.000 Wörter und Kopfschmerzen bereitende 169 Entwicklungsziele – könnte man zu dem Schluss gelangen, dass sie einfach alles in das Dokument gepackt gehaben, was ihnen zu Ohren gekommen ist.

Stellen wir einen Vergleich zur letzten globalen Entwicklungsagenda an, den recht erfolgreichen Millenniums-Entwicklungszielen. Die MDG umfassten lediglich 18 konkrete Ziele, die im Wesentlichen versprachen, Hunger, Armut und die Sterblichkeitsrate von Kindern und Müttern zu reduzieren, sowie jedem Kind eine Grundschulbildung zu verschaffen und den Zugang zu Trinkwasser- und Sanitärversorgung zu verbessern.

Es ist nicht so, dass die neuen Versprechen nicht gut gemeint sind. Das Problem ist, dass keine effektiven Prioritäten gesetzt worden sind, was bei begrenzten Mitteln unabdingbar ist.

So wird in der Agenda der „allgemeine Zugang zu sicheren, für alle zugänglichen Grünflächen und öffentlichen Räumen, insbesondere für Frauen und Kinder, Ältere und Menschen mit Behinderungen“ bis 2030 gefordert. Grünflächen sind zwar schön, aber haben sie wirklich oberste Priorität in einer Zeit, in der 1,2 Milliarden Menschen in extremer Armut leben, 2,5 Milliarden keinen Zugang zu Trinkwasser und Sanitärversorgung haben und fast eine Milliarde Menschen jeden Abend hungrig ins Bett geht? Die Mittel sind schließlich begrenzt.

Einige Versprechen scheinen auf einer alternativen Realität zu beruhen. Eines der zehn globalen Versprechen im Bereich Bildung ist diese verzerrte Formulierung: „Bis 2030 soll dafür gesorgt werden, dass sich alle Lernenden die erforderlichen Kenntnisse und Fähigkeiten aneignen, um nachhaltige Entwicklung zu fördern, unter anderem auch durch Bildung für nachhaltige Entwicklung und nachhaltige Lebensweisen, Menschenrechte, Gleichstellung der Geschlechter, Förderung einer Kultur des Friedens und der Gewaltlosigkeit, global orientierte politische Bildung (global citizenship) und Wertschätzung kultureller Vielfalt und des Beitrags, den Kultur zu nachhaltiger Entwicklung leistet.“

Studien zufolge lernt jedoch über ein Drittel aller Kinder im Schulalter – insgesamt eine Viertelmilliarde – derzeit noch nicht einmal richtig lesen und rechnen. Sollten wir der Grundschulbildung wirklich Ressourcen entziehen, um dafür zu sorgen, dass wir nachhaltige Entwicklung in Schulen fördern können?

Andere Ziele gehen davon aus, dass die Unterstützung „kleiner handwerklicher Fischer“ und „die Förderung eines nachhaltigen Tourismus“ zu den wichtigsten Zielen der Welt zählen. Es gibt sogar das Ziel „dafür zu sorgen, dass Menschen überall einschlägige Informationen und ein Bewusstsein für nachhaltige Entwicklung und eine Lebensweise im Einklang mit der Natur bekommen“. Sollten wir den Bemühungen im Kampf gegen Armut und Hunger in Entwicklungsländern wirklich Ressourcen entziehen, um für eine umweltbewusste Lebensweise zu sensibilisieren?

Einige Ziele sind sogar noch unangebrachter. Eines verspricht „produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle Frauen und Männer zu erreichen, auch für junge Menschen und Menschen mit Behinderungen“. Das Versprechen für Vollbeschäftigung zu sorgen mag zwar politisch populär sein, es ist aber unhaltbar, nutzlos und manchmal sogar abträglich. Letzten Endes braucht jede Volkswirtschaft ein gewisses Maß an Arbeitslosigkeit, damit Arbeitnehmer den Arbeitsplatz wechseln können. Außerdem konzentrieren sich ohnehin alle funktionierenden Regierungen darauf,

Beschäftigung zu fördern. Und Studien zeigen, dass Interessengruppen Politiken für „menschenwürdige Arbeit“ nutzen, um Arbeitsplätze für eine Minderheit zu schaffen, während der Rest außen vor bleibt und schutzbedürftige Beschäftigte oftmals erneut in die Schattenwirtschaft gedrängt werden und die Armut zunimmt.

Kurz gesagt sind viele der Ziele entweder von eingeschränktem Nutzen oder äußerst problematisch. Zu allem Übel könnte es fast so viel kosten wie zwei Jahre Entwicklungshilfe, Daten über die 169 Versprechen zu sammeln. So wird die Agenda dazu führen, dass die Ärmsten der Welt viel schlechter dran sein werden als sie es sein könnten.

Es wird wohl kaum so kommen, doch anstatt die Agenda für nachhaltige Entwicklung in der vorliegenden Form zu unterzeichnen, sollten die Staats- und Regierungschefs den Fototermin sausen lassen und ihre Zeit in New York damit verbringen, diese auf 19 zentrale Entwicklungsziele zu kürzen. Diese Anzahl wurde von einem mit Nobelpreisträgern besetzten Gremium im Rahmen eines Projektes für meinen Thinktank, das Copenhagen Consensus Center, ermittelt.

Das Gremium hat über 1.800 Seiten durch Experten geprüfte Analysen herangezogen, um zu ermitteln, mit welchen potenziellen Zielen sich am meisten Gutes bewirken ließe – was die Vereinten Nationen nie getan haben. Das Expertengremium hat unter anderem die Ziele ausgewählt, Todesfälle durch Tuberkulose um 95% zu senken, die Anzahl von Malariafällen zu halbieren, die Doha-Runde der Welthandelsgespräche abzuschließen und für universellen Zugang zu Familienplanung zu sorgen. Wenn das gesamte Entwicklungsbudget in die 19 Ziele fließen würde, die das Expertengremium identifiziert hat, könnte vier Mal so viel Positives bewirkt werden, wie bei einer Verteilung auf die 169 Ziele der UN, und ein großer Teil dieses Nutzens käme den Ärmsten der Welt zugute.

Die UN behaupten hochtrabend, die 169 Ziele der Agenda für nachhaltige Entwicklung seien eine „untrennbare Einheit“. Das ist Unsinn. Ihre Zahl sollte reduziert werden.

Und genau das wird auch passieren, wenn die Staats- und Regierungschefs am Tag nach der UN-Konferenz wieder nach Hause zurückkehren und – wie es viele bereits im Stillen tun – erkennen, dass sie nicht an 169 hochfliegenden Zielen gleichzeitig arbeiten können. Sie werden sich unweigerlich auf eine kleinere Zahl beschränken, auf die sie sich konzentrieren. Wir können nur hoffen, dass sie diejenigen auswählen, die versprechen, am meisten Gutes zu bewirken.



Bjørn Lomborg
Kopenhagen

Bjørn Lomborg ist Dozent an der Copehagen Business School und Leiter des Copenhagen Consensus Center. Er ist Autor von "The Skeptical Environmentalist" und "Cool It". Seine Veröffentlichungen bei Project Syndicate analysieren die Politik rund um den Klimawandel.

29 LESERBRIEFE

Lukas Behrenbeck schrieb am 24.09.2015

Grundsätzlich hat der Autor recht, den "Ärmsten der Welt" Vorrang in der Entwicklungshilfe einzuräumen. Keineswegs aber sollte man die neuen Entwicklungsziele als rein konsekutiv betrachten: erst jeden einzelnen Menschen sättigen, und dann Umweltprobleme angehen. Das muss Hand in Hand gehen: mit klarem Vorrang der Bekämpfung existenzieller Nöte – aber mit gleichzeitiger Schaffung z.B. eines Nachhaltigkeitbewusstseins. Es ist doch klar, dass Umweltverschmutzung Prekariat fördert,

teils sogar verursacht.
Auf jeden Fall aber sollten für einzelne Staaten(-gruppen) individuelle Prioritäten beachtet werden.

Martin Rocholl schrieb am 29.09.2015

Da scheint in der Qualitätskontrolle bei der IPG wohl etwas schiefgelaufen zu sein. Oder wieso gibt man/frau einem Autor, der sich in der Wissenschaftlergemeinde bereits mehrfach diskreditiert hat und der für seine populistischen Äußerungen bekannt ist, hier Raum?

Jörg Haas schrieb am 29.09.2015

Dass Projekt Syndicate den "Klima-Verharmloser" par excellence abdruckt, ist schlimm genug. Aber dass das IPG-Journal der sozialdemokratischen FES dies tut, ist wirklich ein Zeichen von sehr schlechtem politischen Urteilsvermögen. Der ganze ARtikel ist in erster Linie ein billiges Bashing terh UN, um sein eigens "Copenhagen Consensus Center" zo promoten. Lomborg und sein "Consensus Center" leben davon, den Klimawandel herunterzuspielen und gegen andere politische Ziele auszuspielen.

Lomborg ist immer wieder der Kronzeuge rechtskonservativer Regierungen, sei es in Dänemark oder in Australien. Seinem von einer rechtskonservativen Regierung finanzierten "Copenhagen Consensus Center" wurde 2012 von der dänischen sozialdemokratischen Regierung die Finanzierung entzogen. Sein neuer Sponsor wurde der aggressiv klimafeindlich agierende Tony Abbott in Australien. Dort traf er auf den entschiedenen Widerstand der Zivilgesellschaft und der Wissenschaft:
"In April 2015, it was announced that an alliance between the Copenhagen Consensus Center and the University of Western Australia would see the establishment of the Australian Consensus Centre, a new policy research center at the UWA Business School. (...).".[14] This appointment came under intense scrutiny, particularly when leaked documents revealed that the Australian government had approached UWA and offered to fund the Consensus Centre, information subsequently confirmed by a senior UWA lecturer.[15] Reports indicated that Prime Minister Tony Abbott's office was directly responsible for Lomborg's elevation.[16] (...)

On 8 May 2015 UWA cancelled the contract for hosting the Australian Consensus Centre as "the proposed centre was untenable and lacked academic support".[18][19] The Australian federal education minister, Christopher Pyne, said that he would find another university to host the ACC.

In July 2015, Flinders University senior management began quietly canvassing its staff about a plan to host the Lomborg Consensus Centre at the University, likely in the Faculty of Social and Behavioural Sciences. (...) The following week, a story appeared in the Guardian quoting two Flinders University academics and an internal document demonstrating staff's withering rejection of the idea.[24] Flinders staff and students vowed to fight against the establishment of any Centre or any partnership with Lomborg,[25] citing his lack of scientific credibility, his lack of academic legitimacy and the political nature of the process of establishing the Centre with the Abbott Federal government. The Australian Youth Climate Coalition and 350.org launched a national campaign to support staff and students in their rejection of Lomborg.[26]
Quelle:

https://en.wikipedia.org/wiki/Bj%C3%B8rn_Lomborg#Copenhagen_Consensus

Auf diesem Hintergrund kann ich nur den Kopf schütteln über das IPG-Journal und bitte die FES, hier ihre redaktionellen Prozeduren zu überprüfen. Ja, man kann alles veröffentlichen im Rahmen der Pressefreiheit, aber als sozialdemokratische Stiftung muss man wirklich nicht alles veröffentlichen.

Joachim Spangenberg schrieb am 29.09.2015

Lomborgs Beitrag ist wieder einmal der Versuch, Sachkunde durch Polemik zu ersetzen, kann aber über die Unkenntnis des Gegenstandes nicht hinwegtäuschen. Konkret: Die SDGs sind erstmalig Ziele, die für ALLE Nationen gelten, also auch für den Umbau der Industriegesellschaften, und nicht eine Neuorientierung der Entwicklungshilfe. So wird z.B. die EU ihre Berichterstattung über die nachhaltige Entwicklung in Europa von der EU Nachhaltigkeitsstrategie als Grundlage auf die SDGs umstellen.
Es geht also nicht darum, hier etwas wegzunehmen um dort eine mehr oder weniger wichtige Lücke zu stopfen -

diese Annahmen sind frei erfundene Polemiken gegen eine globale Nachhaltigkeitsagenda, die sich mit keinem Wort aus dem Text belegen lassen. All Forderungen, die Lomborg aufstellt, sind ebenfalls in den SDGs enthalten - was er zu erwähnen nicht für notwendig hält.
Schließlich entlarvt er sich selbst wenn er gleichzeitig die SDGs als " in aller Stille von Diplomaten und Bürokraten der Vereinten Nationen festgelegt" diffamiert, aber im nächsten Absatz zugibt, dass sie Ergebnis eines weltweiten Konsultationsprozesses sind.
Schon bei seinem Bestseller als "Skeptical Environmentalist", in dem er noch von Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels abriet weil sie nicht profitabel seien konnte vielfach gezeigt werden, dass er es mit den Daten nicht so genau nahm - peinlich für einen Autor der zwar in keinem der angesprochenen Felder Fachmann ist, aber als gelernter Statistiker zumindest den sorgfältigen Umgang mit Daten und Fakten beherrschen sollte. Dass er das nicht tut, zeigt dieser Beitrag erneut - beschämend für IPG und die FES derart substanzlosen Polemiken Raum zu geben. Wer eine kritische Diskussion will, hätte kompetente Kritiker zu einem Beitrag einladen können. Statt dessen Lomborg ein Podium zu bieten ist einfach peinlich.

Caecilie Schildberg schrieb am 29.09.2015

Ich kann mich Martin Rocholl nur anschließen und frage mich, wie die IPG diesen durch und durch schlechten und in vielen Punkten schlichtweg falschen Artikel veröffentlichen konnte? Ist mir
ein Rätsel!

Dr.-Ing. Ernst Reichenbach schrieb am 29.09.2015

Man braucht kein Wissenschaftler zu sein, um zu erkennen, dass sich die offiziellen entwicklungspolitischen Diskurse, auch und gerade auf internationalen Konferenzen, in einem Duktus der politischen Korrektheit bewegen, der sehr oft versucht, jedes Partikularinteresse eines jeden potentiellen, tatsächlichen oder vermeintlichen Opfers der unerfreulichen Weltzustände zu berücksichtigen und zumindest in den jeweiligen Verlautbarungen mündlich oder schriftlich zu erwähnen. Dies geschieht notorisch ohne Berücksichtigung der wirklichen Leistungsfähigkeit der Entwicklungszusammenarbeit, sei sie staatlich, multi- oder bilateral oder nicht-staatlich. Würde man ehrlich die vergleichsweise kleinen Brötchen beschreiben, die

man in Wirklichkeit backen kann und durchaus auch schon gebacken hat, wäre natürlich das Ganze weniger interessant. Es scheint in der Natur der gesamten Veranstaltung zu liegen, dass man sich periodisch in rauschhafte Machbarkeitsphantasien versteigen muss, um im besten Fall eine "nachhaltige" Motivation für die Bewältigung der Mühen der (dürren) Ebenen zu schaffen. Früher hatten Missionare ihren religiösen Impetus, "Gutes" zu tun, heute sind es eben diese Verlautbarungen. Evaluiren sollte (und kann) man beides nicht so ungnädig, denn es führt zwangsläufig zu Enttäuschungen und den immer wiederkehrenden und meist schon bekannten Kritiken an den Mängeln der Entwicklungszusammenarbeit, wenn man sie an den übersprudelnden politischen Zielen und Begründungen misst, die zu ihrer Rechtfertigung und Finanzierung anscheinend erforderlich sind.

---

ela schrieb am 30.09.2015

Ärgerlich, gewerkschaftsfeindlich - aber der sozialdemokratischen Selbstvergewisserung offensichtlich zuträglich. Ob es der migrations-, wirtschafts- oder klimapolitischen Praxis der SPD auf die Sprünge hilft,

bleibt sehr fraglich.

Jürgen Maier schrieb am 30.09.2015

Wenn jemand erklärt, dass die Welt eine kugel ist, interessiert das niemanden. Wenn ein dahergelaufener neoliberaler Provokateur aber erklärt, dass die Erde in Wirklichkeit doch eine Scheibe ist, dann ist das interessant.
Mit dieser Masche arbeiten eine Reihe von Leuten, beispielsweise Lomborg, seit Jahren. Warum jetzt auch noch due Ebert-Stiftung auf so einen Hirnriss reinfällt, ist mir schleierhaft.

Andreas Thimm schrieb am 30.09.2015

Es fällt auf, dass sich in den Ausführungen von Martin Rocholl kein einziges Argument zur Sache findet, statt dessen bemüht er sich langfädig, die Person Björn Lomborg zu diskreditieren. Das ist typisch für ein pseudolinkes Engagement, das sich alles Wünschenswerte der Welt auf die Fahnen schreibt und sich grundsätzlich weigert, angesichts knapper Mittel Prioritäten zu setzen. Tatsächlich bietet die Anhäufung von 169 beliebigen

Zielen Gewähr dafür, dass jedwede Regierung jedwede Politik mit Hinweis auf von der UNO verabschiedete Ziele legitimieren kann. M. a. W. der Zielkatalog garantiert seine eigene Wirkungslosigkeit, was vermutlich von vielen der beteiligten Regierungen angestrebt sein dürfte.

Alfred Heinz schrieb am 30.09.2015

Kommentar zu BJØRN LOMBORG Die 169 Gebote Beim Durchzählen der vielen Zielmarken hat Björn Lomborg den Sinn und Zweck der neuen Agenda für nachhaltige Entwicklung total übersehen. Es geht zwar vordringlich um Armutsbekämpfung, aber nicht um Aktionen ausschliesslich auf dem Terrain der am wenigsten entwickelten Länder. Alle Staaten haben Hausaufgaben zu machen, um die Lage der Schwächsten zu verbessern und um die Natur nicht noch weiter zu beschädigen. Es geht um globale Partnerschaft, da die Defizite in den entwickelteren Ländern mittelbar auch die realen und monetären Ressourcen für die Schwächsten verringern. Daher zählen auch die vom Autor verspotteten Zielmarken wie weniger Arbeitslosigkeit und menschlicher gestaltete

Innenstadträume zur Agenda. Angesichts der Jugendmassenarbeitslosigkeit rund um den Globus ist es ausserdem zynisch zu schreiben, deren Bekämpfung sei ohnehin selbstverständlich, aber eben auch utopisch, da eine Mindestarbeitslosigkeit doch letztlich wirtschaftlich zweckmässig sei. Der Autor wird auch bei den beiden Institutionen auf Widerspruch stossen, deren potenzielle Beiträge zu einer nachhaltigen Entwicklung er besonders hoch einschätzt. Ja, die Bill and Melinda Gates Foundation setzt ihr gesamtes Stiftungsgeld für die Bekämpfung von Tuberkulose und Malaria ein; und ja, der Generaldirektor der Welthandelsorganisation kämpft unermüdlich für den Abschluss der Doha-Entwicklungs-Agenda von 2001. Aber sie würden kaum auf die Idee kommen, dass die Konzentration aller Ressourcen auf diese beiden Ziele eine vielfach positivere Entwicklung für die Armutsbekämpfung ermöglichten.

Petzer schrieb am 01.10.2015

Als Aussenstehender ist man zugleich überrascht von der Vehemenz mit der sich Innenstehende Zirkel gegenseitig diffamieren und auch wieder getröstet, dass so zwischen den Zeilen etwas durchscheint, das wie der Versuch zu

Vernunft aussieht. Ich begrüsse deshalb, dass IPG über den Kreis engerer Aktivisten hinaus auch andere Meinungen publiziert.
Ist es möglicherweise nur ein redaktionelles Problem, die 169 Ziele zu weniger Oberzielen zusammenzufassen, die dann mit den Unterzielen als Erläuterungen (und auch Hinweisen zu den geografischen Prioritäten) leichter verständlich und kommunizierbar zu machen ? Das müssen dann wohl die Medien leisten !

---

molly schrieb am 02.10.2015

Deutschland und Europa geht zu Grund und das blöde Volk tanzt daszu

---

Brigitte Schwarz schrieb am 04.10.2015

Auf ipg hat so ein pseudowissenschaftlicher Unsinn nichts zu suchen! Das ist Bildzeitungsniveau!

Helga Ziegert schrieb am 06.10.2015

Bisher habe ich bei den Diskussionsbeiträgen auf der IPG

Seite noch nie ein derartiges Aufheulen gegen einen Autor erlebt wie bei dem sehr vernünftigen und nachvollziehbaren Beitrag von Björn Limborg - wer ist denn die Gemeinde, die sich so getroffen fühlt, daß sie den Autor am liebsten mit Veröffentlichungsverbot belegen würde???? Sind die Betreffenden irgendwie in die Vorarbeiten zur Formulierung der 169 Ziele involviert??? Ich hoffe sehr, daß auf dieser Seite auch weiterhin unzensiert Beiträge zu lesen sind, die nicht in das Denkschema der FES Sittenwächter passen.

Daniel J schrieb am 09.10.2015

Antwort auf Helga Ziegert und allgemeiner Kommentar: Es geht hier nicht um eine "Betroffenheit" oder "Zensur". Es geht darum, dass der Autor, der übrigens Lomborg heißt, Sachfehler im Artikel (bspw. haben Regierungsvertreter in einer sog. "offenen Arbeitsgruppe" die Ziele ausgehandelt, sie wurden EBEN NICHT von der UN beschlossen, was der Autor kritisiert. Die MDGs, die im nächsten Absatz gelobt werden (obowhl deren Beitrag zur Entwicklung bei vielen Zielen zweifelhaft ist), genau die wurden interessanterweise von "UN-Bürokraten" beschlossen) hat und tendenziös schreibt

(bspw. sind es 17 Ziele, und 169 UNTERziele, im englischen "targets" genannt).

Fachleute wissen, dass dieser Artikel zum größten Teil nicht ernst zu nehmen ist. Die Gefahr besteht allerdings darin, dass dadurch Menschen, die keine Fachleute sind, in Richtung einer Meinung beeinflusst werden, die sie vielleicht bei objektiver Berichterstattung nicht annehmen würden. Deshalb frage auch ich mich, warum die IPG diesen Artikel veröffentlicht.

Lukas Behrenbeck schrieb am 22.02.2021

Grundsätzlich hat der Autor recht, den "Ärmsten der Welt" Vorrang in der Entwicklungshilfe einzuräumen. Keineswegs aber sollte man die neuen Entwicklungsziele als rein konsekutiv betrachten: erst jeden einzelnen Menschen sättigen, und dann Umweltprobleme angehen. Das muss Hand in Hand gehen: mit klarem Vorrang der Bekämpfung existenzieller Nöte – aber mit gleichzeitiger Schaffung z.B. eines Nachhaltigkeitbewusstseins. Es ist doch klar, dass Umweltverschmutzung Prekariat fördert, teils sogar verursacht.
Auf jeden Fall aber sollten für einzelne Staaten(-gruppen)

individuelle Prioritäten beachtet werden.

Martin Rocholl schrieb am 22.02.2021

Da scheint in der Qualitätskontrolle bei der IPG wohl etwas schiefgelaufen zu sein. Oder wieso gibt man/frau einem Autor, der sich in der Wissenschaftlergemeinde bereits mehrfach diskreditiert hat und der für seine populistischen Äußerungen bekannt ist, hier Raum?

Jörg Haas schrieb am 22.02.2021

Dass Projekt Syndicate den "Klima-Verharmloser" par excellence abdruckt, ist schlimm genug. Aber dass das IPG-Journal der sozialdemokratischen FES dies tut, ist wirklich ein Zeichen von sehr schlechtem politischen Urteilsvermögen. Der ganze ARtikel ist in erster Linie ein billiges Bashing terh UN, um sein eigens "Copenhagen Consensus Center" zo promoten. Lomborg und sein "Consensus Center" leben davon, den Klimawandel herunterzuspielen und gegen andere politische Ziele auszuspielen.
Lomborg ist immer wieder der Kronzeuge rechtskonservativer Regierungen, sei es in Dänemark

oder in Australien. Seinem von einer rechtskonservativen Regierung finanzierten "Copenhagen Consensus Center" wurde 2012 von der dänischen sozialdemokratischen Regierung die Finanzierung entzogen. Sein neuer Sponsor wurde der aggressiv klimafeindlich agierende Tony Abbott in Australien. Dort traf er auf den entschiedenen Widerstand der Zivilgesellschaft und der Wissenschaft:
"In April 2015, it was announced that an alliance between the Copenhagen Consensus Center and the University of Western Australia would see the establishment of the Australian Consensus Centre, a new policy research center at the UWA Business School. (...).".[14] This appointment came under intense scrutiny, particularly when leaked documents revealed that the Australian government had approached UWA and offered to fund the Consensus Centre, information subsequently confirmed by a senior UWA lecturer.[15] Reports indicated that Prime Minister Tony Abbott's office was directly responsible for Lomborg's elevation.[16] (...)

On 8 May 2015 UWA cancelled the contract for hosting the Australian Consensus Centre as "the proposed centre

was untenable and lacked academic support".[18][19] The Australian federal education minister, Christopher Pyne, said that he would find another university to host the ACC.

In July 2015, Flinders University senior management began quietly canvassing its staff about a plan to host the Lomborg Consensus Centre at the University, likely in the Faculty of Social and Behavioural Sciences. (...) The following week, a story appeared in the Guardian quoting two Flinders University academics and an internal document demonstrating staff's withering rejection of the idea.[24] Flinders staff and students vowed to fight against the establishment of any Centre or any partnership with Lomborg,[25] citing his lack of scientific credibility, his lack of academic legitimacy and the political nature of the process of establishing the Centre with the Abbott Federal government. The Australian Youth Climate Coalition and 350.org launched a national campaign to support staff and students in their rejection of Lomborg.[26]
Quelle:
https://en.wikipedia.org/wiki/Bj%C3%B8rn_Lomborg#Copenhagen_Consensus

Auf diesem Hintergrund kann ich nur den Kopf schütteln über das IPG-Journal und bitte die FES, hier ihre redaktionellen Prozeduren zu überprüfen. Ja, man kann alles veröffentlichen im Rahmen der Pressefreiheit, aber als sozialdemokratische Stiftung muss man wirklich nicht alles veröffentlichen.

Joachim Spangenberg schrieb am 22.02.2021

Lomborgs Beitrag ist wieder einmal der Versuch, Sachkunde durch Polemik zu ersetzen, kann aber über die Unkenntnis des Gegenstandes nicht hinwegtäuschen. Konkret: Die SDGs sind erstmalig Ziele, die für ALLE Nationen gelten, also auch für den Umbau der Industriegesellschaften, und nicht eine Neuorientierung der Entwicklungshilfe. So wird z.B. die EU ihre Berichterstattung über die nachhaltige Entwicklung in Europa von der EU Nachhaltigkeitsstrategie als Grundlage auf die SDGs umstellen.
Es geht also nicht darum, hier etwas wegzunehmen um dort eine mehr oder weniger wichtige Lücke zu stopfen - diese Annahmen sind frei erfundene Polemiken gegen eine globale Nachhaltigkeitsagenda, die sich mit keinem Wort aus dem Text belegen lassen. All Forderungen, die

Lomborg aufstellt, sind ebenfalls in den SDGs enthalten - was er zu erwähnen nicht für notwendig hält.
Schließlich entlarvt er sich selbst wenn er gleichzeitig die SDGs als " in aller Stille von Diplomaten und Bürokraten der Vereinten Nationen festgelegt" diffamiert, aber im nächsten Absatz zugibt, dass sie Ergebnis eines weltweiten Konsultationsprozesses sind.
Schon bei seinem Bestseller als "Skeptical Environmentalist", in dem er noch von Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels abriet weil sie nicht profitabel seien konnte vielfach gezeigt werden, dass er es mit den Daten nicht so genau nahm - peinlich für einen Autor der zwar in keinem der angesprochenen Felder Fachmann ist, aber als gelernter Statistiker zumindest den sorgfältigen Umgang mit Daten und Fakten beherrschen sollte. Dass er das nicht tut, zeigt dieser Beitrag erneut - beschämend für IPG und die FES derart substanzlosen Polemiken Raum zu geben. Wer eine kritische Diskussion will, hätte kompetente Kritiker zu einem Beitrag einladen können. Statt dessen Lomborg ein Podium zu bieten ist einfach peinlich.

Caecilie Schildberg schrieb am 22.02.2021

Ich kann mich Martin Rocholl nur anschließen und frage mich, wie die IPG diesen durch und durch schlechten und in vielen Punkten schlichtweg falschen Artikel veröffentlichen konnte? Ist mir
ein Rätsel!

Dr.-Ing. Ernst Reichenbach schrieb am 22.02.2021

Man braucht kein Wissenschaftler zu sein, um zu erkennen, dass sich die offiziellen entwicklungspolitischen Diskurse, auch und gerade auf internationalen Konferenzen, in einem Duktus der politischen Korrektheit bewegen, der sehr oft versucht, jedes Partikularinteresse eines jeden potentiellen, tatsächlichen oder vermeintlichen Opfers der unerfreulichen Weltzustände zu berücksichtigen und zumindest in den jeweiligen Verlautbarungen mündlich oder schriftlich zu erwähnen. Dies geschieht notorisch ohne Berücksichtigung der wirklichen Leistungsfähigkeit der Entwicklungszusammenarbeit, sei sie staatlich, multi- oder bilateral oder nicht-staatlich. Würde man ehrlich die vergleichsweise kleinen Brötchen beschreiben, die man in Wirklichkeit backen kann und durchaus auch schon gebacken hat, wäre natürlich das Ganze weniger

interessant. Es scheint in der Natur der gesamten Veranstaltung zu liegen, dass man sich periodisch in rauschhafte Machbarkeitsphantasien versteigen muss, um im besten Fall eine "nachhaltige" Motivation für die Bewältigung der Mühen der (dürren) Ebenen zu schaffen. Früher hatten Missionare ihren religiösen Impetus, "Gutes" zu tun, heute sind es eben diese Verlautbarungen. Evaluiren sollte (und kann) man beides nicht so ungnädig, denn es führt zwangsläufig zu Enttäuschungen und den immer wiederkehrenden und meist schon bekannten Kritiken an den Mängeln der Entwicklungszusammenarbeit, wenn man sie an den übersprudelnden politischen Zielen und Begründungen misst, die zu ihrer Rechtfertigung und Finanzierung anscheinend erforderlich sind.

---

ela schrieb am 22.02.2021

Ärgerlich, gewerkschaftsfeindlich - aber der sozialdemokratischen Selbstvergewisserung offensichtlich zuträglich. Ob es der migrations-, wirtschafts- oder klimapolitischen Praxis der SPD auf die Sprünge hilft, bleibt sehr fraglich.

Jürgen Maier schrieb am 22.02.2021

Wenn jemand erklärt, dass die Welt eine kugel ist, interessiert das niemanden. Wenn ein dahergelaufener neoliberaler Provokateur aber erklärt, dass die Erde in Wirklichkeit doch eine Scheibe ist, dann ist das interessant.
Mit dieser Masche arbeiten eine Reihe von Leuten, beispielsweise Lomborg, seit Jahren. Warum jetzt auch noch due Ebert-Stiftung auf so einen Hirnriss reinfällt, ist mir schleierhaft.

Andreas Thimm schrieb am 22.02.2021

Es fällt auf, dass sich in den Ausführungen von Martin Rocholl kein einziges Argument zur Sache findet, statt dessen bemüht er sich langfädig, die Person Björn Lomborg zu diskreditieren. Das ist typisch für ein pseudolinkes Engagement, das sich alles Wünschenswerte der Welt auf die Fahnen schreibt und sich grundsätzlich weigert, angesichts knapper Mittel Prioritäten zu setzen. Tatsächlich bietet die Anhäufung von 169 beliebigen Zielen Gewähr dafür, dass jedwede Regierung jedwede Politik mit Hinweis auf von der UNO verabschiedete

Ziele legitimieren kann. M. a. W. der Zielkatalog garantiert seine eigene Wirkungslosigkeit, was vermutlich von vielen der beteiligten Regierungen angestrebt sein dürfte.

Alfred Heinz schrieb am 22.02.2021

Kommentar zu BJØRN LOMBORG Die 169 Gebote Beim Durchzählen der vielen Zielmarken hat Björn Lomborg den Sinn und Zweck der neuen Agenda für nachhaltige Entwicklung total übersehen. Es geht zwar vordringlich um Armutsbekämpfung, aber nicht um Aktionen ausschliesslich auf dem Terrain der am wenigsten entwickelten Länder. Alle Staaten haben Hausaufgaben zu machen, um die Lage der Schwächsten zu verbessern und um die Natur nicht noch weiter zu beschädigen. Es geht um globale Partnerschaft, da die Defizite in den entwickelteren Ländern mittelbar auch die realen und monetären Ressourcen für die Schwächsten verringern. Daher zählen auch die vom Autor verspotteten Zielmarken wie weniger Arbeitslosigkeit und menschlicher gestaltete Innenstadträume zur Agenda. Angesichts der Jugendmassenarbeitslosigkeit rund um den Globus ist es

ausserdem zynisch zu schreiben, deren Bekämpfung sei ohnehin selbstverständlich, aber eben auch utopisch, da eine Mindestarbeitslosigkeit doch letztlich wirtschaftlich zweckmässig sei. Der Autor wird auch bei den beiden Institutionen auf Widerspruch stossen, deren potenzielle Beiträge zu einer nachhaltigen Entwicklung er besonders hoch einschätzt. Ja, die Bill and Melinda Gates Foundation setzt ihr gesamtes Stiftungsgeld für die Bekämpfung von Tuberkulose und Malaria ein; und ja, der Generaldirektor der Welthandelsorganisation kämpft unermüdlich für den Abschluss der Doha-Entwicklungs-Agenda von 2001. Aber sie würden kaum auf die Idee kommen, dass die Konzentration aller Ressourcen auf diese beiden Ziele eine vielfach positivere Entwicklung für die Armutsbekämpfung ermöglichten.

Petzer schrieb am 22.02.2021

Als Aussenstehender ist man zugleich überrascht von der Vehemenz mit der sich Innenstehende Zirkel gegenseitig diffamieren und auch wieder getröstet, dass so zwischen den Zeilen etwas durchscheint, das wie der Versuch zu Vernunft aussieht. Ich begrüsse deshalb, dass IPG über den Kreis engerer Aktivisten hinaus auch andere

Meinungen publiziert.
Ist es möglicherweise nur ein redaktionelles Problem, die 169 Ziele zu weniger Oberzielen zusammenzufassen, die dann mit den Unterzielen als Erläuterungen (und auch Hinweisen zu den geografischen Prioritäten) leichter verständlich und kommunizierbar zu machen ? Das müssen dann wohl die Medien leisten !

Brigitte Schwarz schrieb am 22.02.2021

Auf ipg hat so ein pseudowissenschaftlicher Unsinn nichts zu suchen! Das ist Bildzeitungsniveau!

Helga Ziegert schrieb am 22.02.2021

Bisher habe ich bei den Diskussionsbeiträgen auf der IPG Seite noch nie ein derartiges Aufheulen gegen einen Autor erlebt wie bei dem sehr vernünftigen und nachvollziehbaren Beitrag von Björn Limborg - wer ist denn die Gemeinde, die sich so getroffen fühlt, daß sie den Autor am liebsten mit Veröffentlichungsverbot belegen würde???? Sind die Betreffenden irgendwie in die Vorarbeiten zur Formulierung der 169 Ziele involviert??? Ich hoffe sehr, daß auf dieser Seite auch weiterhin

unzensiert Beiträge zu lesen sind, die nicht in das Denkschema der FES Sittenwächter passen.

Daniel J schrieb am 22.02.2021

Antwort auf Helga Ziegert und allgemeiner Kommentar: Es geht hier nicht um eine "Betroffenheit" oder "Zensur". Es geht darum, dass der Autor, der übrigens Lomborg heißt, Sachfehler im Artikel (bspw. haben Regierungsvertreter in einer sog. "offenen Arbeitsgruppe" die Ziele ausgehandelt, sie wurden EBEN NICHT von der UN beschlossen, was der Autor kritisiert. Die MDGs, die im nächsten Absatz gelobt werden (obowhl deren Beitrag zur Entwicklung bei vielen Zielen zweifelhaft ist), genau die wurden interessanterweise von "UN-Bürokraten" beschlossen) hat und tendenziös schreibt (bspw. sind es 17 Ziele, und 169 UNTERziele, im englischen "targets" genannt).

Fachleute wissen, dass dieser Artikel zum größten Teil nicht ernst zu nehmen ist. Die Gefahr besteht allerdings darin, dass dadurch Menschen, die keine Fachleute sind, in Richtung einer Meinung beeinflusst werden, die sie vielleicht bei objektiver Berichterstattung nicht

annehmen würden. Deshalb frage auch ich mich, warum die IPG diesen Artikel veröffentlicht.
